

Eine sozialistische Revolution in Indien wäre ein Ereignis von fundamentaler Bedeutung für den internationalen Klassenkampf. Indien mit seiner ungeheuren Bevölkerung von 550 Millionen, wo die Massen in den Dörfern und Städten abgrundtief in Elend und Arbeitslosigkeit stecken, ist einer der großen potentiellen Unruheherde des Weltkapitalismus. Im letzten Jahrzehnt ist es klar geworden, daß nach und nach die Orientierungspunkte der Politik nach der Unabhängigkeit verschwinden und einer turbulenten und unklaren Zukunft weichen. Die Spaltung der Communist Party of India CPI (Right) und CPI (Marxist) im Jahre 1964 und die darauffolgende Spaltung der CPI (Marxist), die zur Gründung der CPI (Marxist-Leninist) führte; die Bildung der Volksfrontregierungen in Kerala und West-Bengalen, die CPI(R) und CPI(M) umfaßten; die Bauernrevolte im Naxalbari-Distrikt von West-Bengalen im Jahre 1967 und die gegenwärtig entstehende Guerilla-Bewegung im Distrikt von Srikakulam in Andhra Pradesh; die weitgehende Niederlage der Kongresspartei in den Wahlen von 1967 und der innere Bruch der Kongresspartei auf nationaler Ebene Ende 1969 - diese Kette von Entwicklungen muß vor dem Hintergrund der ökonomischen Verhältnisse und der Klassenstruktur der indischen Gesellschaft beurteilt werden.

DIE WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE

Nach der Unabhängigkeit versuchte die indische Regierung vor allem mit einer Art sozialdemokratischer Planung wirtschaftliches Wachstum zu erzielen. Weite Bereiche des wirtschaftlichen Lebens sind demzufolge außerhalb der Kontrolle der Planer, und so dienten ihre Pläne durchweg mehr der Vorbereitung von Entwürfen als ihrer Ausführung. Was hier unter dem Namen Planung läuft, sind praktisch verschiedene Versuche, zum Zweck der Kapitalakkumulation durch Steuern, Monetarisierung und Kreditschöpfung private und öffentliche Gelder zu mobilisieren. Der andauernde Mißerfolg dieser Pläne, ein spürbares Wachstum zu erzielen, der Inflationsdruck,

der nach 1964 entstand, und die schlechten Ernten von 1965-1966 führten zur Verschiebung des vierten Fünfjahresplans, der 1965/66 einsetzen sollte und seitdem immer noch in der Schublade liegt. Die Folge ist, daß sich das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens durchschnittlich auf jährlich 1 % beschränkt. Zu berücksichtigen aber sind große Schwankungen. Das Pro-Kopf-Einkommen sank während der beiden Hungersnöte in den Jahren 1965/66 und 1966/67. Die Tabelle unten faßt die Daten seit 1951 zusammen(1).

Pro-Kopf-Einkommen zu Dollarpreisen im Jahr 1949

1952	52,21	1961	61,16
1953	53,34	1962	61,39
1954	55,53	1963	61,20
1955	55,86	1964	62,81
1956	55,86	1965	65,92
1957	57,49	1966	62,95 (39,84)
1958	55,76	1967	62,57 (39,71)
1959	58,13	1968	64,27 (40,79)
1960	58,24	1969	63,75 (40,46)

Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf den Kurs nach der Abwertung. Die Rupie wurde im Juni 1966 von 20,86 US-Dollar pro 100 Rs auf 13,20 US-Dollar pro 100 Rs abgewertet.

Die Pro-Kopf-Menge an Nahrungsmitteln stand 1951 auf dem extrem niedrigen Niveau von 13,5 Unzen pro Tag (ungefähr 380 Gramm). Die Erzeugung von Nahrungsgetreide wuchs bis 1960/61, stagnierte während der nächsten drei Jahre und stieg 1964/65 wieder an. Dann entwickelte sich 1965/66 und 1966/67 eine Hungersnot, während der die Erzeugung unter den Stand von 1961 fiel. Sie hat heute diesen Stand wahrscheinlich wieder erreicht. Nun muß dabei natürlich immer berücksichtigt werden, daß der Pro-Kopf-Index wegen der großen Ungleichheiten in der Einkommensverteilung das wirkliche Ausmaß der Armut der indischen Massen verbirgt. Die Entwicklung der Erzeugung von Nahrungsgetreide läßt sich aus folgenden Berechnungen ablesen:

(1) Die Berechnungen in diesem und den folgenden Abschnitten sind entnommen aus "Economic Survey, Statistical Abstract" und "Estimates of National Income", beides Veröffentlichungen der Indischen Regierung. Siehe auch: "Data on the Indian Economy", V.G.Pande, Ford Foundation, New Delhi, Januar 1970

Menge an Nahrungsgetreide pro Kopf der Bevölkerung (in Unzen pro Tag) (1 Unze = 28,35 Gramm)

1952	13,53	1961	16,46
1953	14,51	1962	16,27
1954	16,10	1963	15,55
1955	15,66	1964	15,82
1956	15,17	1965	16,72
1957	15,74	1966	14,19
1958	14,39	1967	13,96
1959	16,49	1968	16,10
1960	15,78	1969	14,72

Index der Erzeugung von Nahrungsgetreide

1950	100,00	1960	127,90
1951	90,50	1961	137,10
1952	91,10	1962	140,30
1953	101,10	1963	133,60
1954	119,10	1964	136,50
1955	115,00	1965	150,20
1956	115,30	1966	120,90
1957	120,80	1967	123,80
1958	109,20	1968	159,00
1959	130,60	1969	157,50

Die industrielle Produktion steigerte sich zwar stärker als die landwirtschaftliche, verlief aber ebenfalls von Jahr zu Jahr sehr ungleichmäßig. Der industrielle Sektor war zur Zeit der Unabhängigkeit sehr klein. 1950/51 waren in Bergbau und Großindustrie nur 2,7 % aller Arbeitskräfte beschäftigt, kleine Unternehmen und Eisenbahnen beschäftigten dagegen 9 %. In den letzten 20 Jahren wurde der übermäßige Anteil des landwirtschaftlichen Sektors von 48 % auf 40 % des Bruttoinlandproduktes verringert.

Index der industriellen Produktion (1960 = 100)

1951	52,00	1961	109,20
1953	59,80	1963	129,70
1955	69,70	1965	153,70
1957	80,20	1967	151,40
1959	89,90	1968	160,90 (gekürzt)

Die Planung führte zum Wachstum eines staatskapitalistischen Sektors, der hauptsächlich die Rolle spielte, der indischen Bourgeoisie eine kostenlose Infrastruktur aufzubauen und ihr die (damit verbundenen) risikoreichen und kostspieligen Investitionen abzunehmen (F)(x). Dieser Sektor produziert heute Stahl, Werkzeugmaschinen, schwere elektrische Ausrüstungen, Lokomotiven und Flugzeuge. Es bestehen außerdem staatliche Monopole für die Eisenbahnen, für die Rundfunk-, Telefon- und Telegrafeneinrichtungen und für bestimmte Transportmittel. Der staatliche Sektor, der gegenwärtig 40 % des gesamten eingezahlten Gesellschaftsvermögens ausmacht, hat einen großen Teil der schweren Werkzeugmaschinenindustrie aufgebaut, die in Indien zur Zeit der Unabhängigkeit fehlte.

Der private Sektor der Industrie zeichnet sich durch einen hohen Konzentrationsgrad aus, 1951 kontrollierten zwanzig Familien 29 % des gesamten Privatkapitals. Dieser Anteil war bis 1958 auf 33 % angewachsen(2). 1965 stellte die Monopolkommission fest, daß die 75 führenden Unternehmensgruppen 47 % der Anteile aller nicht-staatlichen Firmen halten. Diese Gruppen sind die Großbourgeoisie Indiens. Ihre Investitionen umfassen Handels-, Finanz- und Industrieunternehmen. 1958 besaßen die beiden größten Unternehmerfamilien, Tata und Billa, 20 % der gesamten privaten Kapitalanteile an indischen Firmen. Die Banken, die sich bis zu ihrer kürzlichen Verstaatlichung im Besitz dieser Dynastien befanden, gaben ihnen entscheidende Kontrolle über kleinere und regionale Unternehmer. Sie erhielten außerdem Unterstützung, indem verschiedene Finanzinstitute, die die Regierung zur Bereitstellung von Industriekapital eingerichtet hatte, und die in öffentlichem Besitz befindliche Lebensversicherungsgesellschaft regelmäßig in Gesellschaften dieser Gruppen investieren. Dabei sollte man festhalten, daß die hohe Konzentration letztlich ein Zeichen für die politische Schwäche der indischen Großbourgeoisie ist. Denn der Anteil des kapitalistischen Sektors an der gesamten Wirtschaft ist nicht sehr groß. Der Grad der Kapitalisierung der Unternehmen auf modernem Sektor ist niedrig: Die zwanzig Spitzengruppen kontrollieren ungefähr 1000 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von ins-

(2) Siehe R.K.Hazari, "Corporate Private Sector: Concentration, Ownership and Control", Asia Publishing House, London, 1966. Hazaris Buch ist eine sehr sorgfältige Untersuchung über die ineinander verschränkten Eigentumsverhältnisse unter den zwanzig größten indischen Unternehmerfamilien

(x) Die Grossbuchstaben bezeichnen die zugehörigen Abschnitte der "Nachträge".

gesamt 3.500 Millionen Rupies. Die Streuung der Anteile bewirkt, daß die wirtschaftliche Vormachtstellung der einzelnen Gruppen in den verschiedenen Industriezweigen nicht sehr groß ist. Doch durch die Zusammenarbeit der Unternehmen und die Kontrolle der Banken üben sie als Gruppe eine wirtschaftliche Kontrolle aus.

Wie die Industriepolitik der Regierung seit den fünfziger Jahren die Bourgeoisie gestärkt hat, so hat die Agrarpolitik die Kapitalisierung der Landwirtschaft vorangetrieben. Regierungsprogramme zur Beschaffung von Krediten, Düngemitteln und Geräten haben immer die Großgrundbesitzer bevorzugt. Durch Unterstützung der Großgrundbesitzer als Hauptlieferanten beabsichtigte man, einen großen Überschuß zur Versorgung der Städte zu sichern. Das bedeutete, daß die Anstrengungen nicht darauf gerichtet wurden, die Erträge aller landwirtschaftlichen Betriebe zu vergrößern, sondern nur der großen Farmen, die einen beträchtlichen Überschuß erzielen können(3). Diese Anstrengungen brachten ein vermehrtes sharecropping (ein Teil der Ernte geht an den Verpächter) und ein Anwachsen riesiger Massen besitzloser Landarbeiter mit sich, was sich teilweise aus den Versuchen der Grundbesitzer erklärt, die Landreform zu hintertreiben, und zum anderen aus dem langsamen Wachstum des städtischen Wirtschaftssektors, was zum Anstieg der ländlichen Arbeitslosigkeit führte.

Die Arbeitslosigkeit hat während der letzten zehn Jahre ununterbrochen zugenommen. Zum Ende des ersten Fünfjahresplanes 1956 schätzte man die (im Gegensatz zur verdeckten) offene Arbeitslosigkeit auf 2,5 Millionen. Sie wuchs bis 1966 auf 17 bis 20 Millionen. Die Regierung gestand ein, daß man trotz mehrerer Pläne nicht in der Lage war, genügend Arbeitsplätze zu schaffen, um nur die neu hinzukommenden Arbeitskräfte aufzufangen, geschweige denn, den Rückstand an Unterbeschäftigung zu verringern. In vielen ländlichen Gegenden können die Männer kaum mehr als 200 Tage im Jahr arbeiten, sehr oft auch nur zu den Spitzenzeiten zur Aussaat und zur Ernte(4).

(3) Siehe Michael Lipton, "The Urban Bias in Indian Agricultural Planning" in M. Lipton und P. Streeten (Hrsg.), "The Crisis of Indian Planning", London 1967

(4) Nach einer Schätzung des National Sample Survey von 1960/61 arbeiteten 10 % der städtischen Arbeitskräfte und 20 % der Arbeitskräfte auf dem Lande weniger als die volle 42-Stundenwoche. Die Schätzungen über die Arbeitslosigkeit der städtischen Schichten mit höherer Ausbildung bewegen sich je nach der Berechnungsmethode zwischen einer und zwei Millionen. Siehe Blaugh, Leyard und Woodhall, "The Causes of Graduate Unemployment in India", London 1969

Aufgrund seines kolonialen Erbes ist Indien immer von den kapitalistischen Ökonomien der Metropolen abhängig gewesen. 1947 steckte das ausländische Kapital hauptsächlich in Plantagen, im Außenhandel und in der verarbeitenden Industrie. 1948 wurde die Summe dieser Investitionen auf 2.876 Millionen Rupies geschätzt. Der Umfang des ausländischen Kapitals war naturgemäß klein im Verhältnis zum gesamten Kapitalvolumen, da der ganze herkömmliche Wirtschaftsbereich frei von ausländischen Investitionen ist. Bettelheim schätzt jedoch, daß sich indisches und ausländisches Kapital je zur Hälfte in die Kontrolle des modernen Wirtschaftsbereiches teilen(5). In den Jahren 1948-1961 betrug die Bruttoinvestitionen (in Geld und in Waren) 2.471 Millionen Rupies. In demselben Zeitraum belief sich der Nettodevisenabfluß durch die Rückführung der Profite des ausländischen Kapitals auf 7.184 Millionen Rupies. Kooperationsverträge nehmen in letzter Zeit zu(6).

In den drei Fünfjahresplänen seit der Unabhängigkeit betrug der Anteil des ausländischen Kapitals an den gesamten privaten Investitionen nacheinander 13 %, 23 % und 24 %. Es war auch ein starker Kapitalfluß öffentlicher Mittel festzustellen - fast 58 Milliarden Rupies gegen Ende des dritten Fünfjahresplanes. Die öffentlichen und privaten Auslandsschulden stiegen von insgesamt 5 Milliarden Rupies im Jahre 1948 auf 27 Milliarden Rupies im Jahre 1963. Ein großer Teil der neuen Hilfe wird heute zur Zinsrückzahlung auf die alten Schulden gewährt(7). Diese Hilfe ist hauptsächlich aus den USA (20 %), aus Großbritannien, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Japan und Kanada (16 %), und der UdSSR (8 %) gekommen. Die Streuung der Quellen hat der Regierung die Möglichkeit gegeben, in gewissem Umfang die Rivalitäten unter den kapitalistischen Ländern und zwischen den beiden Blöcken auszunutzen(8). Das ändert nichts an der Verknüpfung Indiens mit dem internationalen Kapital (A).

(5) Charles Bettelheim, "India Independent", London 1968, S.59

(6) Siehe Michael Kidron, "Foreign Investment in India", Oxford 1966

(7) Bettelheim, a.a.O., S.244, S.309-310

(8) Kidron, a.a.O., Die Politik der Indischen Regierung im Zusammenhang mit der Gewinnung und Raffinierung von Erdöl sowie mit ausländischen Investitionen im Allgemeinen, wirft ein starkes Licht auf die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse Indiens. Eine vereinfachende Charakterisierung dieser Klasse als eine bloße Kompradoren-Großgrundbesitzer-Clique unter der Regie des ausländischen Imperialismus hilft kaum weiter, noch entspricht sie den Tatsachen.

Wir wollen nun zusammenfassen. Die indische Wirtschaft ist keinesfalls völlig kapitalistisch. Fast 75 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, die noch überwiegend vorkapitalistischen Charakter trägt, geprägt durch feudale und tradierte Strukturen. Es gibt kaum Arbeitsteilung in nationalem Umfang. Mit Ausnahme des Maschinenbaus und der Schwerindustrie werden die meisten Waren auf lokalen Märkten gehandelt. Es gibt bis heute noch keinen nationalen Markt für Nahrungsgetreide. In diesem Zusammenhang wird es klar, daß Indien gegenwärtig die Geburtswehen einer langwierigen bürgerlich-demokratischen Revolution durchmacht. (C) Das Ende dieses Prozesses ist noch nicht abzusehen und wird es zweifellos nie sein. Eine sozialistische Revolution dürfte die Entwicklung überrollen, bevor sie ihr Ziel erreicht hat und wird die anstehenden Aufgaben im ununterbrochenen Übergang zum Sozialismus, gestützt auf die Macht der proletarischen Massen, ausführen. Es ist jedoch wichtig, sich über die - wenn auch noch so schwache - geschichtliche Triebkraft des gegenwärtigen indischen Staates im klaren zu sein. Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist deutlich auf eine kapitalistische Entwicklung gerichtet. Die Ausdehnung des öffentlichen Sektors vollzog sich in der Absicht, die Akkumulation des privaten Sektors voranzutreiben. In den Jahren kurz nach der Unabhängigkeit schützte die Regierung die Interessen der indischen Großbourgeoisie, die dem ausländischen Kapital damals noch feindlich gegenüberstand, durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen, einiger öffentlicher Einrichtungen und der führenden Handelsbank - der Imperial Bank of India. Neuerdings ist die Fremdenfeindlichkeit der indischen Bourgeoisie durch eine dem ausländischen Kapital zugänglichere Haltung abgelöst worden, worauf auch die Regierung ihre Politik dementsprechend geändert hat. All das hat bisher jedoch nur geringe Erfolge gezeigt. Die Wachstumsrate war insgesamt sehr niedrig, und die Landwirtschaft bleibt eine starke Fessel für die Entwicklung des Kapitalismus in Indien. Die sogenannte grüne Revolution, die intensive Anbaumethoden einführen soll, steckt noch im Versuchsstadium (und zwar hauptsächlich auf großen und modernen Farmen). Ihre Bedeutung für die Zukunft läßt sich noch nicht voraussagen, da sie teure Düngemittel und Fachkräfte voraussetzt. Sie wird möglicherweise die landwirtschaftliche Produktion beträchtlich erhöhen, aber um den Preis einer sich explosivartig vergrößernden Ungleichheit auf dem Lande. Es wird für die herrschende Klasse Indiens sicher kein Allheilmittel sein.

DIE SOZIALE STRUKTUR

Wie sieht die Klassenstruktur Indiens aus? Bettelheim hat in seinem Buch "India Independent" eine umfassende Analyse versucht. Seine Ergebnisse liefern zusammen mit neueren Daten ein Bild der Klassenverhältnisse auf dem Lande und in den Städten(9). Bettelheim teilt die Bevölkerung, die von der Landwirtschaft lebt, in drei Klassen - Maliks, Kisans und Mazdoors. Mit Maliks bezeichnet er die ländlichen Bourgeois und reichen Bauern. Die Kisans bilden die Kategorie der Mittelbauern. Ein Teil von ihnen sind Pächter und "share-cropper" (Farmpächter). Unter Mazdoors werden die besitzlosen Landarbeiter und der ärmste Teil der Bauern zusammengefaßt. Die ärmeren Kisans unterscheiden sich kaum von den Mazdoors; zusammen bilden sie die riesige untere Klasse der Landbevölkerung(10).

Den Anteil der drei Klassen an der Landbevölkerung gibt die folgende Tabelle für das Jahr 1954 wieder:

	% der Bevölkerung	% der bebauten Fläche	Betriebsgröße (in acre)	% der Höfe
Maliks	17	52	11,4	35
Kisans	45	36	7,7	35
Mazdoors	38	8	2,9	20

(1 acre = 40,5 a)

(9) Ich habe absichtlich auf eine Diskussion der Kastenstruktur verzichtet, teilweise weil der Gegenstand zu umfangreich ist, um ihn hier zu diskutieren, und zum Teil, weil er in anderen Schriften überbetont wird. Das Kasten- oder Jati-System ist von Gegend zu Gegend sehr verschieden. Es bewirkt hauptsächlich Uneinigkeit, da es quer durch die Klassengrenzen läuft. Außer in den Fällen, in denen niederer Kasten- und niederer Klassenstatus zusammenfielen - z.B. bei den Unberührbaren, die gleichzeitig besitzlose Landarbeiter sind, oder bei Stammesgruppen - bildet das Kastenwesen ein Hindernis bei der Organisation eines politisch bewußten Proletariats.(E)

(10) Bettelheim definiert die Klassen folgendermaßen: "(1) Die Klasse der Landarbeiter oder Mazdoors. Sie besitzen manchmal ein kleines Stück Land, von dem sie aber nicht leben können. Sie werden in Geld oder Naturalien bezahlt oder erhalten einen Anteil der Ernte von dem Land, das sie bebauen helfen. (2) Die Klasse der Kisans oder Mittelbauern. Sie besitzen indirekt Land, oder sie sind, was häufiger vorkommt, Pächter, deren Rechte mehr oder minder groß sein können und nicht selten sehr beschränkt sind. Am schlechtesten sind dabei die "cropsharer" gestellt, die gewöhnlich im Laufe des Jahres verschiedene Stücke Land zugeteilt bekommen. (3) Die Klasse der Maliks. Das Einkommen des Malik besteht aus Geld oder Naturalien, gleichgültig ob er sein Land an Pächter oder "cropsharer" verleiht, oder ob er es von Lohnarbeitern bearbeiten läßt. Die Lohnarbeiter beaufsichtigt er entweder selbst, oder er stellt einen Aufseher oder Vorarbeiter an." Bettelheim, a.a.O., S.22

Die städtische Bourgeoisie definiert Bettelheim als die Klasse, deren Einkommen 10.000 Rs (2.000 US-Dollar) oder mehr beträgt. Er schätzt, daß die großen Maliks in den Dörfern und die städtische Bourgeoisie zusammen 1,5 % der gesamten Bevölkerung Indiens ausmachen. Als Großbourgeoisie oder nationales Kapital bezeichnen wir den Kern der 75 bis 100 Unternehmen, die 50 % aller privaten Gesellschaftsanteile in Indien besitzen. Die städtische Bourgeoisie wird auf nicht mehr als 0,5 % geschätzt; bezieht jedoch 28 % des nicht-landwirtschaftlichen Nationaleinkommens. Das Kleinbürgertum umfaßt die nicht in der Industrie beschäftigten Gehaltsempfänger, also Lehrer, Beamte, Bank- und Versicherungsangestellte, Büroangestellte und Selbständige. Sie verdienen mehr als die Industriearbeiter und machen die sogenannte Mittelklasse Indiens aus. Nach der Volkszählung von 1951 gab es in Indien 4,6 Millionen industrielle Lohnempfänger gegenüber 7 Millionen nicht-industriellen Gehaltsempfängern. Zu der letzteren Gruppe kommen noch 2,1 Millionen Selbständige hinzu(11). Es ist sofort ersichtlich, daß das städtische Kleinbürgertum an Zahl die Klasse der Industriearbeiter übertrifft. (D1) Dieses städtische Kleinbürgertum macht sich in der indischen Politik als sehr lautstarke Gruppe bemerkbar. Es stellt den Hauptteil der Mitglieder aller Parteien und ist maßgeblich in ihren Führungsgruppen vertreten. Der scheinbare Radikalismus einiger Fraktionen der Kongresspartei, der PSP und sogar der CPI ist hauptsächlich auf diese Gruppe zurückzuführen. Sie ist jedoch keineswegs revolutionär und hat traditionsgemäß keine Verbindung zum Landproletariat.

Die wichtigsten Punkte, die sich aus einer Analyse der indischen Klassenstruktur ergeben, sind folgende:

(i) Die zahlenmäßige Schwäche des klassischen Proletariats, bedingt durch den äußerst niedrigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte. Seine Zahl beträgt jedoch etwa 40 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 550 Millionen.

(ii) Das Übergewicht der außerhalb der Industrie beschäftigten Gehaltsempfänger und der Selbständigen - in anderen Worten des Kleinbürgertums - in den Städten. Dies ist keine politisch homo-

(11) Es ist schwierig, von der Volkszählung 1961 ähnliche Zahlen zu erhalten. Im Bergbau, in Fabriken, im Bau- und im Trennsportgewerbe waren 9 Millionen beschäftigt. Dagegen waren im Handel und im Dienstleistungsgewerbe 12 Millionen beschäftigt. In der Kleinindustrie, die sowohl Industriearbeiter als auch kleinbürgerliche Selbständige umfaßt, sind zusätzlich 2 Millionen beschäftigt. Das zahlenmäßige Übergewicht des Kleinbürgertums in städtischen Gebieten bleibt bestehen.

gene Gruppe, Teile von ihm haben sich in der Vergangenheit oft mit dem Industrieproletariat verbunden.

(iii) Die überwältigende Masse des Landproletariats und der Mittelbauern. Sie machen 80 % der Landbevölkerung und fast 60 % der Gesamtbevölkerung aus.

Bei allen diesen Zahlen muß man eine entscheidende Bedingung berücksichtigen. Die gebietsmäßig ungleiche Entwicklung(12) Indiens macht es schwierig, nationale Berechnungen unmittelbar in politische Kräfteverhältnisse zu übersetzen (D2).

DAS PROBLEM DES REGIONALISMUS

Der britische Imperialismus versuchte überall in Indien auf dem Lande einen Markt einzuführen. Aber das System des Pachtbesitzes war von Gebiet zu Gebiet verschieden. So bestand in Bengalen das Zamindari-System, in welchem ein Zamindar (Grundbesitzer) zugleich viele Dörfer sein Eigentum nannte. Hier gab es überwiegend feudale Dienste wie die Fronarbeit, und das Eigentum war stark konzentriert. In anderen Teilen Indiens, vor allem im Süden, schuf das Ryotwari-System eine große Zahl von Bauern, die ihr eigenes Land bebauten. Die Verteilung des Landes war natürlich ungleich, zeigte jedoch keine starke Konzentration in den Händen weniger Großgrundbesitzer. Diese Unterschiede im Landbesitz führten zu verschiedenen Systemen der Schaffung und Absorption des Surplus, und auch die Höhe des Surplus differierte. Im heutigen Indien haben solche regionalen Verschiedenheiten für die revolutionäre Linke das Problem der Organisation der verarmten Massen auf dem Lande noch verschärft, die Organisation derer, die weder kollektiv noch auf nationalem Maßstab arbeiten. So ist die Stellung der Landarbeiter und der Mittelbauern in den Gebieten mit Zamindari-System nahezu gleich, während im Gebiet des Ryotwari-Systems viele Mittelbauern kapitalistisch wirtschaften und damit den Landarbeitern nicht gleichgestellt werden können.

(12) Der prozentuale Anteil der Landarbeiterfamilien (der Großteil der Mazdoor-Klasse) an der Gesamtzahl der ländlichen Familien weist 1953-54 von Gegend zu Gegend folgende Unterschiede auf:

Nord-Indien	14,3	West-Indien	20,4
Ost-Indien	32,7	Zentral-Indien	36,7
Süd-Indien	50,3	Nordwest-Indien	9,8

A.R.Desai (Hrsg.) "Rural Sociology in India", 1961, S.353

So wie die Klassenzusammensetzung von einem Gebiet zum anderen variiert, verschiebt sich notwendigerweise auch die Möglichkeit von Bündnissen einzelner Fraktionen der unterdrückten Klassen. So hatten Andhra und West-Bengalen Ende der 40er Jahre schwere Bauernaufstände, und auch in Kerala und Tamilnadu gab es schon früher Unruhen auf dem Lande, wohingegen in Gujarat, Maharashtra und Mysore im 20sten Jahrhundert keine Zeichen einer Bauernbewegung zu finden waren(13). Auch waren die verschiedenen Regionen unterschiedlich industrialisiert. West-Bengalen mit seinen Mineralien- und Kohlevorkommen war weitgehend entwickelt, und ein großer Teil der Arbeiterklasse bestand aus dorthin importierten Arbeitskräften aus den Nachbarstaaten Bihar und Orissa und anderen Staaten. Maharashtra und Gujarat, vor allem die Stadt Bombay, besitzen eine wichtige industrielle Basis und kosmopolitische Arbeiterschaft. Sonst ist die Industrie in Indien schwach entwickelt und in weiten Teilen gar nicht vorhanden.

Auf der anderen Seite der Haupt-Klasseneinteilung existieren grundlegende Widersprüche zwischen regionalem und nationalem Kapital. Das Wachstum des Handels und Verkehrs im kolonialen Indien schuf Arbeitsplätze und Erziehung in den Küstenzentren wie Bombay, Kalkutta und Madras. Dies führte zum Entstehen einiger Konsumindustrien in diesen Enklaven und damit zur Entfaltung einer Handels-Kapitalistenklasse, die in die Industrie zu investieren begann. Dadurch wurde die Entwicklung schon vor der Unabhängigkeit in diesen Regionen gegenüber den anderen sprunghaft vorangetrieben. Heute sind diese Ungleichheiten durch die spätere ungleichmäßige Entwicklung Indiens noch verschärft; denn die Aktivitäten einer großen Zahl von Unternehmen sind beschränkt auf kleine Gebiete. Sie sind für ihre Arbeit und ihren Markt angewiesen auf die örtliche Bevölkerung. Ihre Interessen geraten so oft in Konflikt mit denen der Großbourgeoisie auf dem nationalen Markt. Das sogenannte nationale Kapital in Indien stammt zur Hauptsache von den frühen Handelskapitalisten aus Bombay und Kalkutta, die heute einen größeren Teil der Industrie, des Handels und der Finanzen in diesen Städten und auf dem ganzen Subkontinent kontrollieren. Natürlich hat die später aufgekommene regionale Bourgeoisie in den verschiedenen Staaten der monopolistischen Kontrolle durch die Großbourgeoisie Widerstand geleistet. Es entstanden in den

50er und 60er Jahren heftige Kämpfe um die Schaffung von "linguistischen" Staaten, in denen zum einen das regionale Kapital, zum anderen die nicht-bourgeoisen Oppositionsparteien in Staaten wie Maharashtra, Orissa und Mysore - oft unter dem Einfluß der Kommunisten - mobilisiert wurden. Angeblich war der Kampf dabei gegen Gujarati- oder Marwari-Kapital gerichtet. Tatsächlich hinderte aber die Entfesselung von regionalem Chauvinismus das Entstehen eines nationalen Klassenbewußtseins der Unterdrückten und half dem regionalen Kapital in seiner Konkurrenz zum nationalen Kapital.

Es muß jedoch betont werden, daß trotz der unlängst entstandenen Konflikte auf politischer Ebene die komplementäre Expansion des nationalen Kapitals durch das Wachstum des regionalen Kapitals in keiner Weise gehindert wurde. Die feste Kontrolle, die das erstere über das indische Bank- und Finanzsystem ausübt, garantiert, daß das regionale Kapital keinen weiteren Einfluß gewinnt. Auch schließen zeitweilige Interessengegensätze beider Kapitalfraktionen nicht eine beiden gemeinsame Harmonie aus. Während die regionalen Differenzen also jeden Aspekt des politischen Lebens in Indien beeinflussen, schwächen sie die unterdrückten Klassen und die Organisationen, die diese zu führen versuchen, weit mehr als die herrschende Klasse.

DER NIEDERGANG DER KONGRESSPARTEI

Indien hat bisher den Weg der kapitalistischen Entwicklung im herkömmlichen Rahmen der bürgerlichen Demokratie verfolgt. Das Haupt-Spezifikum des indischen Weges zum Kapitalismus war die ununterbrochene Herrschaft der Kongresspartei seit der Unabhängigkeit. Dieses Monopol ist nun in Gefahr. In den ersten allgemeinen Wahlen 1952 gewann der Kongress die große Mehrheit im Zentrum wie in den einzelnen Staaten. 1967 war diese massive Vorherrschaft zusammengeschrumpft auf eine geringe Mehrheit im Zentrum (46 Sitze) und die unsichere Kontrolle über nur 10 Staaten: Andhra Pradesh, Assam, Gujarat, Haryana, Nadhya Pradesh, Maharashtra, Mysore, Nagaland, Rajasthan und Uttar Pradesh. Am Ende dieses Jahres hatte sie auch Uttar Pradesh, Nadhya Pradesh und Haryana verloren. Damit wurden von einer Bevölkerung von 550 Millionen

(13) Siehe Hamza Alavi, "Peasants and Revolution", Socialist Register 1965, und Kathleen Gough, "Peasants Resistance and Revolt in South India", Pacific Affairs 1967

jetzt 330 Millionen von Anti-Kongress-Koalitionen regiert. Zwar kehrte der Kongress später in Uttar Pradesh und Haryana wieder in die Regierung zurück, hatte aber in sechs von siebzehn Staaten seither die Macht verloren.

In West-Bengalen und Kerala wurden Einheitsfront-Regierungen unter der Vorherrschaft der beiden kommunistischen Parteien eingesetzt. In Orissa kam eine rechte, Swatantra-dominierte Koalition an die Macht. Im Punjab bildete die Akali Dal oder örtliche Sikh-Partei eine Regierung. In Tamilnadu gewann die regionale DMK (Dravida Munnetra Kazagham) eine überwältigende Mehrheit über alle anderen Parteien. In Bihar endlich herrschte eine unregelmäßige Kombination von Oppositionsparteien unter Bedingungen des parlamentarischen Chaos.

Dieser rasche Zerfall des Machtmonopols der Kongresspartei war aber erst das Vorspiel zu einem für die Partei viel einschneidenderem Ereignis, das kurz darauf eintrat. Im Dezember 1969 spaltete sich der Kongress in die Fraktion um Indira Gandhi (nun "Neue Kongresspartei" genannt) und die Fraktion des Syndikates (jetzt "Alte Kongresspartei"), ohne daß beide von grundlegenden politischen Prinzipien geleitet waren. Durch diese Spaltung verlor die Regierung der Indira Gandhi 50 Stimmen im Lok-Sabha, d.h. die absolute Mehrheit im Parlament, die der Kongress seit der Einsetzung des Parlamentes innegehabt hatte. Parallel dazu gingen die Regierungen der einzelnen Staaten Uttar Pradesh, Rajasthan und Gujarat über zur Syndikats-Opposition. Diese auf die klassische Partei der herrschenden Klasse Indiens niederprasselnden Schläge können schon bald zu einer Änderung im gesamten politischen System des Landes führen. Ihr Ausmaß kann schon an der Tatsache gesehen werden, daß die Neue Kongresspartei die Kontrolle über alle großen Städte Indiens mit Ausnahme Bombays verloren hat. Kalkutta ist nun eine Hochburg der Kommunisten, Delhi ist ein Bollwerk der religionsfanatischen Jan Sangh, Madras ist der Hauptstützpunkt der DMK, und Ahmedabad wird vom Syndikat kontrolliert. In Bombay selbst gewinnt die faschistisch-populistische Shiv Sena mehr und mehr an Raum in den rechtlosen Massen der Stadt.

Der Zusammenbruch der politischen Übermacht des Kongresses droht für die allernächste Zukunft für die indische Bourgeoisie ein gefährliches Vakuum zu hinterlassen. Er war begleitet von dem

Wachstum der beiden extrem rechten Parteien Swatantra und Jan Sangh. Die Swatantra-Partei ist die Organisation des großen Kapitals und der feudalen Prinzen. Sie ist enthusiastisch pro-westlich und der Vorkämpfer des freien Unternehmertums. Die Jan Sangh andererseits ist eine Hindu-populistische Partei mit einer Massenbasis in Kleinbourgeoisie und Mittel- und Großbauern in vielen Teilen Nord-Indiens, wie zum Beispiel Rajasthan. Sie ist fanatisch gegen den Kommunismus und den Islam, und würde jeden kommenden indischen Faschismus mit einer Massenbasis versehen. Ihr Hindi-Fanatismus hält ihren Einfluß im Süden zwar zurück, trotzdem bildet sie die am schnellsten wachsende politische Bewegung Indiens während der 60er Jahre.

Die wachsende Konfusion und Desorientierung im traditionellen politischen System der herrschenden Klasse in Indien führt zu der Frage, ob die politischen Parteien, die die unterdrückten Klassen repräsentieren, in der Lage sind, die Gelegenheit zu nutzen, entscheidende Schritte hin zu einer sozialistischen Revolution in Indien zu unternehmen. Für eine Antwort ist es notwendig, die Geschichte und den Charakter des indischen Kommunismus zu untersuchen.

DER INDISCHE KOMMUNISMUS

Es gibt heute zwei Hauptfraktionen im indischen Kommunismus - die Communist Party of India und die Communist Party of India (Marxist), CPI(R) und CPI(M). Die ursprüngliche Partei spaltete sich 1963-1964, als eine große Zahl von Militanten unzufrieden wurde mit der Politik der Zusammenarbeit mit der 'progressiven Bourgeoisie', die Nehru repräsentierte, und der Abhängigkeit von der UdSSR. Bis dahin können die zahlreichen ideologischen Sprünge der CPI erklärt werden durch den Klassencharakter ihrer Führung, die Gehorsamkeit gegenüber der politischen (Irre-)Führung durch Moskau, ihrem Versagen gegenüber dem Problem des indischen Nationalismus.

Vereinzelte Arbeiter sympathisierten mit der Komintern von 1920 an, und die britische Regierung unterdrückte sie sofort (Cawnpore-Verschörung von 1926 und Meerut-Verschörung von 1929). Bis 1933 kam es noch nicht zur Gründung einer kommunistischen Partei, bewirkt durch die Schirmherrschaft in ideologischen Fragen durch die Komintern und/oder die CPGB (KP Großbritanniens). Das Haupthindernis war dafür die Einschätzung des politischen Charakters Gandhis

und des Indischen Nationalen Kongresses. Die Komintern, CPGB und CPI schwankten zwischen der Behauptung hin und her, der Kampf des Kongresses für Unabhängigkeit stelle ein progressives Klassenbündnis dar (wenn auch unter Führung von Mitgliedern der Bourgeoisie), und der Denunziation der indischen Bourgeoisie und der Kongresspartei als einer völlig kollaborierenden und reaktionären Kraft. Während ihrer ersten Zeit stand die CPI nur an der Peripherie der indischen Politik.

Die Volksfront-Politik Mitte der 30er Jahre brachte die CPI zur Koalition mit den radikaleren Kräften innerhalb des Kongresses, wie z.B. der Congress Socialist Party. Als die Komintern sich für die Volksfront-Taktik entschied, überflügelte die CPI sogar die CSP an Mäßigung und dem Wunsch, innerhalb des Kongresses zu bleiben. Beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges nahm sie für kurze Zeit eine Stellung links vom Kongress ein und erklärte den Krieg als einen inter-imperialistischen Konflikt. Nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion jedoch war es plötzlich ein anti-faschistischer "Volkskrieg", und man arbeitete offen mit der britischen Regierung zusammen, während der Kongress weiterhin gegen diese für die Unabhängigkeit kämpfte. Mehr als alle anderen Fehler entfremdete diese Politik die CPI nationalen Gefühlen und zog die weittragende Konsequenz ihrer ultra-nationalen Richtung seitdem nach sich, um eine Wiederholung von 1941 zu vermeiden. So zeichnete sich die CPI in der Frage der Beziehungen Indiens zu Pakistan und in der Kashmir-Frage jeweils durch Chauvinismus aus, und wir werden später sehen, daß aufgrund des chinesisch-indischen Grenzkonfliktes schließlich die Krise innerhalb der Partei ausbrach.

Von 1946 bis 1948 vertrat die Führung der CPI generell eine rechte Linie in Übereinstimmung mit der Nachkriegsdiplomatie der UdSSR. Sie pries die Kongresspartei als ein progressives Bündnis vieler Klassen und begnügte sich mit der Radikalisierung durch Kritik von außen. Als die indischen Matrosen 1946 meuterten, spielte die CPI sofort alle revolutionäre Bedeutung herunter. Als jedoch 1948 die KPdSU plötzlich die internationale Richtung - inspiriert durch Zhdanov - änderte, schwenkte die CPI um auf einen linken Kurs mit Unruhen in den Städten, Streiks und direkten Angriffen auf Regierungseigentum. Dies geschah parallel zu den malayischen und philippinischen Rebellionen in Asien und den französischen Streikwellen in Europa. Die CPI verkündete, Indien sei reif für die re-

volutionäre Übernahme der Macht, wogegen in Wirklichkeit keine evidente Massenunterstützung für ihre neue Strategie vorhanden war.

Die einzige erfolgreiche militante Aktion in dieser Periode war der Bauernaufstand in Telengana, einem Gebiet im heutigen Staat Andhra Pradesh, der damals teils in Madras, teils in Hyderabad lag. Dieser Bauernaufstand begann selbständig 1946, als ähnliche Unruhen auch in Bengalen, Kerala und Tanjore aufflackerten. Er dauerte von 1946 bis etwa 1950, und eine zeitlang wurden in zwei Distrikten viele Dörfer durch Bauernräte verwaltet. Land wurde gewaltsam besetzt, die Großgrundbesitzer verjagt und viele getötet. Da die CPI in der Zeit von 1946 bis 1948 einen rechten Kurs vertrat, unterstützte sie weder den Kampf in Telengana noch anderswo. Trotzdem wurde der Bauernaufstand in Telengana von regionalen kommunistischen Kadern geführt. Aber auch nach dem Umschwenken nach links 1948 lag der Schwerpunkt der Parteipolitik offiziell auf dem städtischen Sektor, und die maoistischen Neigungen der Telengana-Kommunisten wurden von dem stalinistischen Veteranen Ranadive nicht völlig gebilligt, der die CPI in dieser Zeit auf nationaler Ebene vertrat. Erst Ende 1948 entschieden die KPdSU und die indischen Spezialisten in der UdSSR, daß auch der Weg über das Land gangbar sei, und Ranadive wurde abgelöst von der Telengana-Gruppe. Von 1948 bis 1950 kämpften die Bauern in Telengana gegen die indische Armee selbst und wurden bis 1950 nicht geschlagen. In diesem Jahr jedoch verdammte die CPI den Kampf plötzlich und schlug eine parlamentarische Strategie ein, um Nehrus Außenpolitik und die 'progressiven' Aspekte seiner Wirtschaftspolitik zu unterstützen.

Von 1951 bis 1964 ging die CPI den orthodoxen Weg der Wahlen. In den Wahlen 1952 bildete sie eine Einheitsfront mit anderen linken Parteien in verschiedenen Staaten. Sie ging als die zweitgrößte Partei im Lok Sabha (Parlament) in Delhi hervor. Sie wiederholte dies 1957, ebenfalls erfolgreich, und bildete mit der Hilfe einiger Unabhängiger in Kerala eine kommunistische Regierung. Der Haupterfolg war in dieser Zeit - abgesehen von Kerala - ihre Rolle in der Bewegung für linguistische Staaten. Der Staat Andhra - mit der Sprache Telugu - wurde 1954 geschaffen, nach massiven Kampagnen einer umfassenden Bewegung der Großgrundbesitzer, der lokalen Bourgeoisie, Bauern und des gebildeten Klein-

bürgertums. Die Kommunisten in Andhra waren aktiv an diesen Kampagnen beteiligt und dadurch in der Lage, in den ersten Wahlen des Staates eine gewisse Stärke zu zeigen. Danach nahmen überall lokale Gruppen der CPI an der Bewegung zu Schaffung von linguistischen Staaten teil.

Opposition zur Großbourgeoisie (identifiziert mit der Marwari-Gujarati-Klique), kulturelles Aufleben des regionalen Erbes und das Eigeninteresse der lokalen Bourgeoisie und der 'white-collar' Gruppen, die Arbeitsplätze in den neu zu schaffenden regionalen Verwaltungen suchten - all diese Momente kamen in den meisten Staaten zusammen zu einer weitreichenden Massenbewegung. In vielen Staaten versuchte die CPI diese Koalition zu führen. Sie versuchte aber nicht, diese zu radikalisieren oder den Kampf gegen die Großbourgeoisie auszudehnen auf die gesamte Bourgeoisie. Ihr Ziel galt vielmehr dem Gewinn auf parlamentarischer Ebene. In Andhra, später in Maharashtra und Gujarat, erwies sich der parlamentarische Erfolg als von kurzer Dauer. Als eine Anti-Kongress-Strategie hatten diese Bewegungen wenig Hoffnung auf langwährenden Erfolg. Einmal an der Macht in einem Gebiet ging die regionale Bourgeoisie bald über zu bequemer Koexistenz mit der Kongress-Zentralregierung (das jüngste Beispiel der regionalen DMK in Tamilnadu zielt wohl in die gleiche Richtung). Es war nicht die Taktik der CPI, die Massen zu erziehen oder die Frage des Klassenkampfes in über-provinzieller Form zu stellen.

Während dieser ganzen Periode hatte die CPI nie eine klare Vorstellung vom Klassencharakter der indischen Regierung. Sie schwankte zwischen ihrer Verurteilung als Apparat des Großgrundbesitzes und der Großbourgeoisie als en bloc reaktionär, und der Beteuerung, daß innerhalb der Bourgeoisie ernsthafte Teilungen in progressiv und konservativ vorhanden wären. Manchmal wurde nur die Großbourgeoisie als Gegner denunziert, während die progressive Bourgeoisie (für die CPI die 'nationale' Bourgeoisie) gelobt wurde für ihren mannhaften Kampf gegen die Beherrschung durch das Ausland. Zu anderen Zeiten wurde die gesamte Kongresspartei und die nationale Revolution als progressiv betrachtet. Ein ähnliches Problem für die CPI war die wechselnde Einschätzung der Wichtigkeit ausländischen (britischen oder amerikanischen) Kapitals in Indien. Die Führung der Partei ließ verlauten, dieses sei überwältigend, und deshalb würde die indische Bourgeoisie notwendigerweise zu

Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung
Eine Textsammlung
Herausgegeben und eingeleitet von Ernest Mandel
468 Seiten, kartoniert 29,- DM
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Henryk Grossmann, Carl Grünberg,
Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus
Aufsätze aus dem "Wörterbuch der Volkswirtschaft"
Herausgegeben von Claudio Pozzoli
342 Seiten, kartoniert 18,- DM
Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte

Rudolf Schlesinger,
Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale
128 Seiten, kartoniert 10,- DM
Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte

Gabriel Kolko, Die Hintergründe der US-Außenpolitik
Eingeleitet von Ekkehart Krippendorff
Aus dem Amerikanischen von Hedda Wagner
208 Seiten, Snolin-Broschur 15,- DM

basis

Studienausgaben

Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?
296 Seiten, kartoniert, 9,- DM

Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat
240 Seiten, kartoniert 6,- DM

Roman Rosdolsky,
Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen "Kapital" I/II
2 Bände zusammen 540 Seiten, kartoniert zusammen 12,- DM

Soziologische Exkurse
184 Seiten, kartoniert 6,- DM

(A. Neuberg), Hans Kippenberger, M.N. Tschatschewski, Ho Chi Minh u.a.
Der bewaffnete Aufstand
310 Seiten, kartoniert 9,- DM

Leo Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven,
Die permanente Revolution
320 Seiten, kartoniert 9,- DM

Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus
Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik
Gek. Sonderausgabe, Sept. 1971 408 Seiten, kartoniert 9,- DM

Karl Korsch, Die materialistische Geschichtsauffassung
und andere Schriften
Sept. 1971, ca. 200 Seiten, kart. 6,- DM

Europäische Verlagsanstalt

diesem in Widerspruch stehen und damit eine progressive Kraft sein. Auf der anderen Seite sah die Opposition innerhalb der Partei die Großbourgeoisie als autonome Partner und nicht nur Handlanger des ausländischen Kapitals und betrachtete sie deshalb logischerweise als den Haupt-Klassenfeind der indischen Massen (unzweifelhaft die richtige Einschätzung).

Die CPI vernachlässigte auch die Basis auf dem Lande völlig. Außer in Andhra und Kerala existierten keine Bauernkader. Zur selben Zeit erlaubte sie sich eine kleinbürgerliche Führung, ein grundlegender Teil ihrer Mitglieder bestand aus white-collar workers und Akademikern. Die Mitgliedschaft der kommunistisch kontrollierten Gewerkschaftsföderation AITUC umfaßte weniger als ein Viertel aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Indien. Daher war ihre Basis in der Industrie sehr schmal. An Gebieten hatte die CPI nur in West-Bengalen, Andhra, Kerala, Madras (jetzt Tamilnadu) und dem Punjab Fuß gefaßt. In der Stadt Bombay hatte sie auch noch einen gewissen Anteil an den gewerkschaftlich Organisierten. In den anderen Teilen des Landes spielte sie eine zu unwichtige Rolle.

Die lange Periode der extrem rechten Politik von 1951 an verhüllte viele ideologische Differenzen innerhalb der Partei. 1962 führte das Trauma der Isolation der CPI während der Zeit von 1941-45 die Parteiführung zu einem noch stärkeren Rechtsruck während des chinesisch-indischen Grenzkonfliktes. Viele der Führer der Opposition innerhalb der Partei wurden von der indischen Regierung ins Gefängnis geworfen. In der Mitte der Krise veröffentlichte der verbleibende Rest der Parteiführung eine ultra-chauvinistische Resolution mit dem Titel "Vereinigt euch zur Verteidigung des Vaterlandes gegen Chinas offene Aggression" (!), deren Haltung identisch war mit der jeder anderen kleinbürgerlich nationalistischen Partei.

Als die Führer der oppositionellen Fraktion 1963 aus dem Gefängnis entlassen wurden, wandten sie sich natürlich gegen die pro-bourgeoise Haltung der CPI und deren Mitschuld an der anti-chinesischen Hetze. Trotzdem sahen sie darauf, nicht als eine Peking-Fraktion angesehen zu werden, und hielten immer Distanz zu jeder orthodox-maoistischen Linie. Im April 1964 spaltete sich die CPI dann auch formal. Seitdem streiten sich CPI(Right) und CPI(Marxist) um das Erbe des indischen Kommunismus. Keine der beiden Parteien

ist sehr groß. Die CPI(R) gab 1964 eine Mitgliederzahl von 108.000 an und die CPI(M) eine Zahl von 119.000. Die Zahl der CPI(R) wuchs auf 173.000 an im Jahre 1966, während Austritte nach links die CPI(M) auf 83.000 (1967) und 76.000 (1968) reduzierten. Spätere Zahlen sind für beide nicht erhältlich. Die Mitglieder der CPI(M) konzentrieren sich relativ mehr auf die Staaten Andhra Pradesh, West-Bengalen und Kerala (70 % der gesamten Mitglieder) gegenüber der CPI(R) (40 % der Mitglieder). Beide Parteien sind also von geringer Größe und haben Mitglieder nur in einigen Gebieten. Die CPI(M) schloß die Wahlen besser ab als die CPI(R), indem sie einige Sitze im Parlament mehr erhielt. Die CPI(M) spielte auch eine führende Rolle bei der Bildung der Einheitsfrontregierungen in Kerala und West-Bengalen.

DAS VOLKSFRONTEXPERIMENT IN WEST-BENGALEN

Die Regierung mit kommunistischer Beteiligung in West-Bengalen stellte für die indische Politik etwas völlig Neues dar. Sie ist qualitativ weit wichtiger als frühere Erfahrungen in Kerala, denn West-Bengalen ist der industrialisierteste Staat des Landes und seine Hauptstadt Kalkutta ist mit seiner starken Bevölkerung von 9 Mio. die größte indische Stadt. Durch die Nähe von Eisen- und Kohlebergwerken ist es zu einem größeren Produzenten von Maschinen geworden. Es verfügt auch über ausgedehnte Jutespinnereien und Teeplantagen. Die west-bengalische Industrie ist zu einem großen Teil vom nationalen Markt abhängig, während Tee und Jute für den internationalen Markt exportiert werden. Es gibt immer noch britische Investitionen großen Maßstabs in der west-bengalischen Industrie, die einheimischen Eigentümer gehören zur allindischen Bourgeoisie. Die Erscheinung des kleinen regionalen Unternehmers - wie sehr zahlreich in Orissa oder Maharashtra - existiert in West-Bengalen nicht. Hier entstand die Industrie vergleichsweise früh, denn Kalkutta war schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein bedeutenderes Handelszentrum. Das Pachtsystem im ländlichen Hinterland war Zamindari und brachte eine müßig gehende Eliteklasse hervor, die ein reiches kulturelles Leben entwickelte. Unter britischer Herrschaft war bald das westliche Schulsystem eingepflanzt worden, und heute gibt es eine beträchtliche Masse gebildeter Schichten in der Provinz - eine Klasse, die seit Beginn dieses Jahrhunderts eine Tradition terroristischer

Aktivität und des Glaubens in die Wirksamkeit des bewaffneten Kampfes besitzt. Die Bauernschaft ist extrem arm: die Zamindari-Verhältnisse haben eine ausgedehnte ländliche Unterklasse kleiner Bauern und landloser Landarbeiter geschaffen. Das städtische Proletariat setzt sich aus ländlichen Einwanderern aus Bihar, Uttar Pradesh und West-Bengalen selbst zusammen - es ist hochorganisiert und verfügt über eine lange Kampferfahrung.

In den Wahlen von 1967 waren zwei verschiedene Volksfronten aufgetreten, gebildet von den zwei Fraktionen des indischen Kommunismus(14). Die CPI(R) bildete zusammen mit dem Bangla Congress (eine Abspaltung von der Kongresspartei) die eine, die CPI(M) zusammen mit der Socialist Workers Party, dem Socialist Unity Centre und weiteren Gruppen die andere. Zum erstenmal konnte die Kongresspartei nicht die absolute Mehrheit gewinnen (nur 127 von 280 Sitzen), die Möglichkeit der Regierungsbildung durch die beiden Volksfronten tauchte auf. Februar 1967 nahmen diese sie wahr; Ajoy Mukherjee, Vorsitzender des Bangla Congress, wurde Ministerpräsident und Innenminister.

Die Anwesenheit von CPI(M) und CPI(R) gewährleistete unzweifelhaft Wandlungen in der Vorgehensweise der Staatsregierung. Während keine Partei in irgendeiner Weise versuchte, revolutionäre Maßnahmen zu vollstrecken (was sie in Konflikt mit ihren Koalitionspartnern und der Zentralregierung gebracht hätte), unterstützten sie materiell die Kämpfe der Arbeiterklasse in den Städten und der landlosen Arbeiter auf dem Lande. Die schlechten Ernten von 1965/66 und 1966/67 führten 1966/67 zu einer Rezession. Die Maschinenindustrien im Staat wurden hart getroffen: die Beschäftigung fiel zwischen März 1966 und Juni 1967 um 300.000 Personen. Das führte zu einem Höhepunkt der Streikaktivität und einer neuen Form des industriellen Kampfes - als gherao bekanntgeworden. Gherao, das ist die Einschließung des Managements in seinen Räumen durch die Arbeiter, bis deren Forderungen erfüllt sind. Die Volksfrontregierung hatte diese Kampfform nicht aktiv eingeführt, aber beförderte sie, indem sie den Einsatz von Polizei seitens der Arbeitgeber verhinderte.

Zwischen März und August 1967 wurden 1.018 Fälle von gheraos gezählt, die 583 Fabriken betrafen. Im extremsten Fall dauerten

(14) Siehe Marcus Franda, "Electoral Politics in West-Bengal: the Growth of the United Front", Pacific Affairs 1969

einige (15 %) von ihnen zwischen einer halben Stunde und vier Stunden, auf der anderen Seite dauerten einige wenige (8 %) länger als 24 Stunden. Nur 12 % dieser gheraos wurden durch polizeiliches Einschreiten beendet und 16 % durch Haussuchungsbefehle. 31 % wurden durch Aufnahme zweiseitiger Verhandlungen beendet. Die willkürliche Anwendung der Polizeimacht gegen alle Streikenden wurde eingeschränkt. Der Arbeitsminister, der bislang stets ein Sprachrohr der Arbeitgeber gewesen war, schlug sich diesmal auf die Seite der Arbeiter. Die bengalische Bourgeoisie forderte beständig die zentrale Intervention durch Delhi, um Gesetz und Ordnung wiederherzustellen. Auf dem Lande duldeten die Volksfront stillschweigend (wenn sie nicht sogar aktiv ermutigte), daß benami-Land von ländlichen Proletariat besetzt wurde. Es handelt sich um Land, das nach der Auferlegung legaler Höchstgrenzen für Landbesitz durch die Regierung freigeworden war, das aber faktisch in der Regel noch in der Verfügungsgewalt der Großgrundbesitzer liegt, dieses früher besaßen. Von nun an verhinderte die Regierung nicht mehr seine Besetzung durch arme Bauern und Landarbeiter - während ein Kongressregime die Polizei mobilisiert hätte, um sie daran zu hindern. Die Volksfront nahm auch arme Bauern von der Getreidebeschaffungspolitik aus, übernahm die Straßenbahn von Kalkutta (weigerte sich, die Fahrpreise zu erhöhen) und unterstützte den Kampf der Angestellten der Zentralregierung um bessere Bezahlung.

Die Naxalbari-Revolte, an anderer Stelle in diesen Seiten diskutiert, die von der Fraktion geführt wurde, die sich jetzt CPI(ML) nennt, verursachte der Volksfront schwere Probleme. Delhi entsandte Bereitschaftspolizei und Armee, um die Revolte zu unterdrücken. Sowohl CPI(R) wie CPI(M) verurteilten die Aktivität der Naxalites als linkes Abenteuerertum: die Naxalites bezeichneten dafür die CPI(M) als eine Gruppe neorevisionistischen Ausverkaufs. Gegen Ende der ersten Volksfrontregierung tauchten Gerüchte über eine Kapitalflucht aus West-Bengalen auf, und viele Minister begannen das lokale Kapital zu beschwichtigen. Die Regierung stürzte im November 1967 durch einen Mißtrauensantrag, aber die nachfolgende Kongressregierung konnte nicht lange überleben - West-Bengalen wurde der Herrschaft des Präsidenten unterstellt.

1969 wurde die Volksfrontkoalition triumphierend wiedergewählt, sie gewann 214 von 280 Sitzen. Dieses Mal wurde die CPI(M) die

größte Partei im Staat, besaß 80 Sitze, wenngleich nicht die Mehrheit. Die Intensität des industriellen Kampfes schwächte sich jetzt etwas ab, da die indische Rezession 1968 abgeklungen war. Die CPI(M) erhielt das Innenministerium und damit die Kontrolle über die Polizei. Fortan war Jyoti Basu, der populärste Massenfürher der Partei, Ministerpräsident und Innenminister. Erneut unterstützte die Regierung größere Streiks in der Juteindustrie und den Teeplantagen und unterband den üblichen Einsatz von Polizei gegen die Arbeiter. Aber sie änderte das städtische Eigentumssteuersystem nicht und unternahm keinerlei andere ökonomischen Maßnahmen, um die verzweifelte Situation der bengalischen Armen zu mildern.

Der politisch-organisatorische Bericht der CPI(M) von 1968 liefert folgende theoretische Rechtfertigung für die Koalitionsregierungen, an denen die Partei teilgenommen hat⁽¹⁵⁾: "Die Volksfrontregierungen, die wir jetzt haben, sind zu behandeln und zu verstehen als Kampfinstrumente in den Händen unseres Volkes, weniger als Regierungen, die tatsächlich adäquate Macht besitzen, um dem Volk materiell und substanzuell zu helfen. . . In Klassenbegriffen ausgedrückt ist die Beteiligung unserer Partei an solchen Regierungen eine spezifische Kampfform, um mehr und mehr Leute zu gewinnen, mehr und mehr Verbündete für die Sache der Volksdemokratie und auf einer späteren Stufe des Sozialismus".

Das Dokument fährt mit der Warnung vor dem "Täuschungscharakter der den Staatsregierungen zustehenden Macht" und vor "reformistischen Illusionen" fort, daß diese Regierungen dem Volk je irgendwelche Erleichterungen bringen könnten (G). Aber nachdem es Reformismus zurückgewiesen hat, warnt das Dokument auch vor abenteuerlichen Illusionen. "Es besteht ein Ozean an Differenz dazwischen, sie (die Staatsregierungen) direkt als 'Kampfinstrumente' zu erklären, und der Richtung, sich um ihre Benützung als 'Kampfinstrumente' zu bemühen" (sic). Nachdem sich die CPI(M) derart gegen "Reformismus" und "Abenteurertum" verwahrte, erblickte sie ihre Erfolge auf zwei Ebenen.

"1. Der feste Standpunkt unserer Partei gegen den Einsatz von Polizei gegen die Kämpfe des Volkes stärkten die demokratischen

(15) Political Organizational Report of the Central Committee to the Eight Congress of the CPI(M), Dezember 1968

Kräfte. Die weitverbreiteten 'gheraos' der Arbeiterklasse mit dem Ziel, einigen ihrer langgenährten Beschwerden und Forderungen nachzukommen, Bauernkämpfe in einigen Distrikten gegen Ausreibungen und für die Übernahme von 'überschüssigem' Regierungsland und Ödland aus der illegalen Besetzung durch die Großgrundbesitzer, die Erleichterung der Lage der Mittelklassenangestellten der Staatsregierung und die Bestärkung der zivilen Freiheiten für ihre legale gewerkschaftliche Aktivität usw. waren Beispiele für die verschiedenen Arten, in denen unterdrückte Teile des Volkes die Existenz der Volksfrontregierung für die Fortführung ihres gerechten Kampfes ausnutzen, unsere Partei und andere mit ihr ihnen in diesem Kampf halfen".

"2. Die wichtige Tatsache sollte nicht aus den Augen verloren werden, daß Kräfte und Ressourcen der Staatsregierungen, wie sie innerhalb der gegenwärtigen indischen Verfassung aussehen, außerordentlich beschränkt und beschnitten sind. Die verheerende Wirkung der sich verschärfenden ökonomischen Krise auf die Arbeiterklasse, produktive Bauernschaft und Mittelklasse sind heute derart, daß sie durch die mageren Hilfsmaßnahmen, die eine Staatsregierung ergreifen kann, nicht beseitigt werden können - dies kann nur durch einen radikalen und revolutionären Wandel des gesamten sozialen Systems geschehen. Die steigende Erkenntnis und politische Verarbeitung dieser Wahrheit durch das Volk, das stellt die scharfe Prüfung dar, ob die Volksfrontregierungen als Kampfinstrumente in den revolutionären Kämpfen des Volkes für den Umsturz genutzt worden sind oder nicht".

Die CPI(M) behauptet von sich, eine revolutionäre Partei zu sein. Sie ist gegen jeden bewaffneten Kampf zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wie ihre Verurteilung der Revolte der Naxalites klar zeigt. Andererseits behauptet die CPI(M), daß die Volksfrontregierungen von den unterdrückten Klassen für elementare Forderungen von Nutzen gewesen seien. Darin liegt etwas Wahres. Aber mit der Ablehnung jedweder ökonomischen Reform oder Hilfsmaßnahme wie auch von Konfrontationen (bewaffneten oder nicht) mit der Zentralregierung, hat die CPI(M) sich entschieden, keine radikalen - geschweige denn revolutionären - Veränderungen aus ihrer Position innerhalb der Volksfrontadministration heraus einzuleiten. Wenn die Staatsgewalt formal durch die Verfassung und faktisch durch die Kontrolle Delhis über Bundeshaushalt und Armee beschränkt ist, so gibt es

doch eine Anzahl von Übergangsmaßnahmen, die eine Staatsregierung ergreifen könnte, sowohl um die Massen materiell zu unterstützen wie die Entfesselung revolutionärer Kämpfe durch sie voranzutreiben. Das Landreform-Programm des Kongresses, so mild es ist, ist niemals voll durchgeführt worden. Rücksichtslose staatliche Erzwingung des Gesetzes über die Abschaffung der Zamindari und die Rechte der Pächter, Ausschaltung von Zwischenhändlern in großem Umfang und Mindestlohngesetzgebung für die landwirtschaftliche Arbeit, das würde die Situation auf dem Land tiefgehend ändern. Eine kräftige Besteuerung ruhenden Eigentums zur Finanzierung der Slumbeseitigung und Verbesserung der öffentlichen Einrichtungen Kalkuttas wäre eine andere wirkungsvolle Maßnahme. Indem die CPI(M) ostentativ leugnet, daß Staatsregierungen über irgendwelche Macht verfügten, leistet sie sich den Luxus, sich auf die einsame Initiative sozialen Wandels durch die Massen zu verlassen. Die Volksfrontregierungen haben niemals die Grenzen geprüft, bis zu denen eine Staatsregierung ihre Politik verfolgen kann, ehe es zu dem unvermeidlichen Zusammenstoß mit Delhi kommt. Die Herausforderung Delhis beim Verfolgen lokaler Programme wird regelmäßig durch provinzielle Kongressregierungen selbst praktiziert: in dieser Hinsicht war sogar die erste kommunistische Regierung in Kerala 1957 aktiver. Das verbale Linkssein der CPI(M) - verwaschene Leugnung jeglicher Macht der Staatsadministrationen - verhüllt nur eine Politik eines faktischen Rechtskurses und der Passivität, genauso wie der augenscheinliche Radikalismus von Blums berühmter Erklärung: "Wir sind im Amt, nicht an der Macht" zur Rechtfertigung der Kapitulation der Volksfront im Frankreich der dreißiger Jahre diente.

Im Grunde ist die CPI(M) pessimistisch gegenüber einer etwa bevorstehenden Möglichkeit eines revolutionären Aufstandes in Indien. So ist sie gegen den bewaffneten Kampf, der, so fürchtet sie, schnell durch die Armee isoliert und niedergeschlagen wäre. Sie ist sich klar bewußt, daß CPI(R) und CPI(M) nur in drei oder vier Staaten (Andhra, West-Bengalen, Kerala und bis zu einem gewissen Grad Tami Nadu) bedeutsame Bewegungen darstellen. Eine ernsthafte Herausforderung Delhis durch irgendeinen dieser Staaten hätte kaum eine leichte Erfolgchance, auch stellen diese Staaten kein geschlossenes Gebiet dar. Derweil werden große Teile Indiens durch rechtsgerichtete Massenbewegungen wie die Jan Sangh dominiert. In dieser Lage strebt die CPI(M) ein Klassenbündnis gegen

die Großbourgeoisie, die Großgrundbesitzer und das imperialistische Kapital an. Sie ist bereit, die Staatsregierungen als Instrumente beim Aufbau dieses Bündnisses zu nutzen, aber sie hat sich dem legalen Weg der "Wandlung der Verfassung von innen" auf ihrer Suche nach einer "Volksdemokratie" in Indien (nicht Sozialismus, der wird einer getrennten entfernteren Zukunft zugeteilt) verpflichtet. Typologisch kann die CPI(M) innerhalb der kommunistischen Bewegung der Welt mit der KP Indonesiens verglichen werden - eine linkszentristische Partei, die vor allem damit beschäftigt ist, ihre Massenorganisationen aufzubauen und eine opportunistische Praxis mit einem Schleier revolutionärer Phrasen betreibt. Es kann wenig Zweifel daran geben, daß die Partei kurzfristig in der Steigerung ihrer Anhängerschaft und Wählerschaft erfolgreich sein wird: nach dem Sturz der Volksfrontregierung in West-Bengalen im März 1970 und der Auferlegung präsidentieller Herrschaft wird weiterhin erwartet, daß die CPI(M) in den nächsten Provinzialwahlen die absolute Mehrheit erringen wird. Aber breite Unterstützung in einer Region, wie groß sie auch sei, wird der CPI(M) nicht mehr helfen als ehemals der PKI: West-Bengalen könnte gut ihr Java werden. Revolutionäre Wachsamkeit und Initiative sind die einzigen sicheren Waffen, die eine marxistische Partei auf lange Sicht besitzt (B).

ZUSAMMENFASSUNG

Die ökonomische und soziale Krise Indiens schleppt sich mittlerweile 20 Jahre seit der Unabhängigkeit hin. Die Industrie ist bescheiden entwickelt worden, während die Landwirtschaft im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum stagnierte. Eine kapitalistische Lösung der Dauerkrise ist nicht nähergerückt. Währenddessen ist das klassische politische System der indischen Bourgeoisie - das Machtmonopol der Kongresspartei im Zentrum und in den Bundesstaaten - zusammengebrochen und hat vorderhand ein Vakuum hinterlassen. Wenn also die Hauptpartei der Rechten einschneidend an Stärke verloren hat, so haben die Parteien der Linken in keiner Weise im gleichen Maß an Stärke gewinnen können. Diese Lage mag Indien schließlich in die Reihe der überwältigenden Mehrheit der heutigen unterentwickelten kapitalistischen Länder zwingen, einschließlich des Auftauchens einer militärischen Diktatur. Denn die Armee bleibt offenbar die Lösung für die indische herrschende Klasse,